

■ Dass an den Bremer Schulen zu viel Unterricht ausfällt, ist sicher einer der Gründe, weshalb Bremer Kinder bei Schulleistungstests wie zum Beispiel PISA schlecht abschnitten. Hinzu kommt, dass im Unterricht in vielen Fällen wichtige Zeit durch Unterrichtsstörungen und Ähnliches verloren geht. Entsprechende Untersuchungen haben bestätigt, dass oft nur etwas mehr als die Hälfte der Unterrichtszeit für das eigentliche Lernen genutzt wird.

Macht ein Schulkonsens gute Schule?

Was sich aus Sicht der Eltern in der Bildung ändern muss

Michael Skibbe für den Vorstand des ZentralElternBeirats Bremen



Michael Skibbe

Der ZentralElternBeirat Bremen begrüßt zwar die Gründung eines Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen (IQHB), ist jedoch der Meinung, dass die Arbeit des Instituts alleine nicht ausreichen wird, um die Lernergebnisse der Kinder nachhaltig zu verbessern. Parallel dazu muss eine Qualifizierungs- und Unterstützungsinitiative gestartet werden, die eine flächendeckende Fortbildung und Beratung der Schulen hinsichtlich der systematischen Anwendung der Prinzipien einer effektiven Klassenführung (»Classroom-Management«) etabliert.

Keine »Schul-Unternehmensberatung«

Der ZEB-Vorstand weist nachdrücklich darauf hin, dass sich das IQHB nicht zu einer Art übergeordneter »Schul-Unternehmensberatung« entwickeln dürfe, die nur Daten sammelt und abstraktes Zahlenmaterial an die Schulen zurückmelde. Vielmehr muss das Landesinstitut für Schule in die Lage versetzt werden, den Schulen in ausreichendem Maße Fachkräfte für Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Verfügung

stellen zu können. Bei der Analyse der durch das IQHB erhobenen Daten und den abgeleiteten Schlussfolgerungen brauchen die Schulen unserer Auffassung nach eine enge Begleitung und Unterstützung durch externe ModeratorInnen. Diese Forderungen stammen aus den kürzlich vom ZentralElternBeirat beschlossenen Kernforderungen zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl.

Schulraum dringend nötig

Der ZEB Bremen, der die Eltern von rund 50.000 Kindern und Jugendlichen in Bremen repräsentiert, ist grundsätzlich der Auffassung, dass jahrzehntelange Fehlplanungen und Fehleinschätzungen der Bedarfe in Bildung durch die politischen Entscheidungsträger zur Manifestierung der »Roten Laterne« geführt haben, welche Bremen in der Deutschen Bildungslandschaft trägt. Der ZEB trägt den Schulkonsens von SPD/CDU/Grüne und Linke zwar mit; aber nicht aus tiefer Überzeugung, dass das Zwei-Säulen-Modell der richtige Weg ist, sondern weil gute Schule jetzt vor allem Ruhe braucht. Eine weitere Forderung des ZEB betrifft die Schaffung von dringend benötigtem Schulraum sowie den oft schlechten Unterhaltungszustand der Bremer Schulen. Für notwendig gehalten wird vor allem eine Beschleunigung der Baugeschwindigkeit bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen sowie eine jährlich aktualisierte bedarfsgerechte Schulstandortplanung: Sieben Jahre von der Planung einer Schule zur theoretischen Erstnutzung sind untragbar. Es kann nicht sein, dass in Bremen private Investoren ganze Stadtteile in drei Jahren bauen und die öffentliche Hand für eine Schule sieben Jahre braucht. Wenn im Rahmen des Konjunkturprogrammes 3 ab 2009 nach der Bankenkrise jenseits europaweiter Vergabevorschriften gebaut werden konnte, muss das im heutigen Bildungsnotstand auch gehen.

Mehr pädagogisches Personal

An den Bremer Schulen und in den Kitas fehlt es seit Jahren an pädagogischem Personal. Dessen Rekrutierung muss nach Ansicht des ZEB oberste Priorität haben. Dazu müs-

sen alle Möglichkeiten konsequent ausgeschöpft werden, einschließlich der Möglichkeiten des Seiteneinstiegs. Es wird ausdrücklich begrüßt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung auch die Möglichkeit einer besseren Vergütung für die Arbeit in besonders anspruchsvollen Standorten nutzt. Auch im Bereich der Inklusion sieht der ZEB noch erheblichen Entwicklungsbedarf. Eine selbst durchgeführte Umfrage bei den Bremer Eltern im vergangenen Jahr zeigte deutlich, dass die die Inklusion zwar grundsätzlich bejaht, der Zustand der Ausstattung aber heftig kritisiert wird.

Die wichtigsten Forderungen sind: Eine bedarfsgerechte personelle und materielle Ausstattung der Schulen; Einrichtung eines Vertretungspools für SonderpädagogInnen und Assistenzkräfte; Erhöhung der Bemessungsgrundlagen für die Zuweisung von Sonderpädagogikstunden an die Schulen; Konsequente Weiterführung der Inklusion in der Sekundarstufe 2 und in den Berufsschulen; Entwicklung von Qualitätsstandards für schulische Inklusion; Angemessene Ausstattung der verbleibenden Förderzentren und deren rechtliche Gleichstellung mit Grund- und Oberschulen.

Inklusion als wichtiges Ziel

Die Verwirklichung der schulischen Inklusion, also der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne besonderen Bedürfnissen, sowie das Fördern und Fordern aller Kinder nach ihren Möglichkeiten, ist für uns als ZentralElternBeirat ein wichtiges und erstrebenswertes gesetzlich verankertes Ziel, das in allen Schulen, in öffentlicher wie freier Trägerschaft, verwirklicht werden muss.